Thorner Presse.

Bezugspreis
für Thorn und Vorstädte frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig,
in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 50 Pf. monatlich, 1,50 Mk. vierteljährlich;
für auswärts: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Bestellgeld.
Ausgabe
täglich abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Katharinenstraße 1.
Fernsprech-Anschluß Nr. 57.

Anzeigenpreis
für die Petitspaltzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Anzeigen werden angenommen in der Geschäftsstelle Thorn, Katharinenstraße 1, den Anzeigenbeförderungsgeschäften „Invalidendank“ in Berlin, Haasenstein u. Vogler in Berlin und Königsberg, M. Dukes in Wien, sowie von allen anderen Anzeigenbeförderungsgeschäften des In- und Auslandes.
Annahme der Anzeigen für die nächste Ausgabe der Zeitung bis 1 Uhr nachmittags.

№ 42. **Sonnabend den 18. Februar 1899.** **XVII. Jahrg.**

Präsident Faure †.

Wie ein Telegramm aus Paris meldet, ist Präsident Faure gestern, Donnerstag Abend um 10 Uhr gestorben. Da Nachrichten über ein Kranksein des Präsidenten nicht vorlagen, ist anzunehmen, daß derselbe einem Schlaganfall erlegen ist. Faure kam infolge der freiwilligen Abdankung seines Vorgängers Casimir Periér zu dem höchsten Ehrenposten, den die Republik zu vergeben hat. Man scheint mit ihm als Präsidenten in Frankreich im allgemeinen zufrieden gewesen zu sein; eine eigentliche Beliebtheit genoß er aber nicht, da er, der ehemalige Gerbergeselle aus Havre, manches von den Eigenschaften selbstgefälliger Emporkömmlinge an sich hatte. In der letzten Zeit fand man öfters in den Pariser Blättern Artikel, die sich darüber lustig machten, daß Faure als Präsident einer demokratischen Republik merkwürdige Schwächen verrathe, indem er in manchen Dingen ganz auffällige Vorliebe für die höfischen Sitten an einem Königs- oder Kaiserhofe zeige. Die Erledigung des Präsidentenpostens ist in diesem Augenblick bei der durch die Zuspitzung der Dreyfus-Affaire noch bedenklicher gestalteten inneren Lage Frankreichs sehr ungünstig für die Franzosen. Den royalistischen Agitatoren wird dieses Ereigniß sehr gelegen kommen. Wenn sie die Absicht haben, etwas ernstes zu unternehmen, so werden sie sich darin jetzt noch bestärkt fühlen. Chancen hätte heute eine verstärkte Agitation für den Roi bis zur Präsidentenwahl ohne Zweifel. Aber die republikanischen Parteien werden wohl auch auf der Hut sein, da sie sich gewiß sagen werden, daß Uneinigkeit bei der Präsidentenwahl diesmal den Bestand der Republik gefährdet.

Der Löbtauer Landfriedensbruch.

Der in der Presse vielbesprochene Dresdener Schwurgerichtsprozeß, in dem wegen Landfriedensbruches und schwerer Ausschreitungen von sozialdemokratischem Terrorismus beherrschte Arbeiter zu hohen Zuchthausstrafen nach dem Wortlaut des Gesetzes verurtheilt werden mußten, erhält nun die gehörige Beleuchtung durch die Urtheilsverkündigung und die amtliche Klarstellung über den Thatbestand, den der Prozeß ergeben, und die Gründe, die für das Strafmaß bestimmend gewesen sind. Diese unanfechtbare Klarstellung, welche selbst das sozialdemokratische Zentralorgan nicht bestreiten kann, bestätigt, daß die in Nachwirkung sozialdemokratischer Verhetzung schuldig gewordenen Arbeiter sich schwere Roheitsverbrechen und Bedrohung auch gegen Mitarbeiter haben zu schulden kommen lassen und daß der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages in seinem Aufruf für die Verurtheilten den gerichtlich festgestellten Thatbestand frivol entstellt und eine gemeingefährliche Hetze mit dieser Entstellung betrieben hat. Aber noch eine Stelle ist in der nun erfolgten Klarstellung des Sachverhaltes und der Gerichtsverhandlung kennzeichnend. Es wird festgestellt, daß die Rücksicht auf eine Beeinflussung der Zeugen durch einen in den Gerichtssaal sich hineindrängenden Terrorismus genöthigt hat, zum Ausschluß der Oeffentlichkeit zeitweilig zu greifen. Daß diese Anordnung berechtigt erscheint, ist das unfreiwillige Verdienst der sozialdemokratischen Zentralleitung, die in ihrem Organ nach dem Prozeß die Personalien von Richtern und Geschworenen in erkennbarer Absicht von ihrer Anhängerschaft bekannt gegeben hat. Wenn trotzdem der „Vorwärts“ diese auf amtliche Anordnung zurückzuführende Klarstellung nun „begrüßt“ „als endgiltige Bestätigung der Richtigkeit seiner Auffassung über dieses furchtbare Justizdrama, als Bekräftigung der allgemeinen Verurtheilung des Urtheils durch die öffentliche Meinung“, so ist diese Ausrede durch die Thatsachen vor aller Oeffentlichkeit gebrandmarkt als Ausbruch eines bösen Gewissens, als Versuch der Uebertäubung der schweren Anklagen, das Löbtauer Trauerspiel und das Unglück, das dadurch über sieben Familien herbeigeführt worden ist, nun gegen die sozialdemokratische Parteiführung erhebt; als ein nicht zu qualifizirender Versuch, der Entrüstung, die alle anständigen Menschen ohne Unterschied der Partei ob solchen Treibens bis in die innersten Fasern packen muß, durch dreistes Auftreten die Spitze abzubrechen.

Man schreibt uns zu dieser Sache noch aus Berlin: Die in dem Löbtauer Landfriedensbruch über die gewaltthätigen Arbeiter verhängten Strafen wurden Anfangs auch in nichtsozialistischen Kreisen für recht scharf befunden. Die Verhandlungen hatten unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattgefunden, sodaß weitere Kreise von den Vorgängen, welche der gerichtlichen Entscheidung unterlagen, kaum Kenntniß hatten. Jetzt sind nun die Entscheidungsgründe veröffentlicht worden, und aus denselben ist ersichtlich, daß die Hauptangeklagten sich nicht nur des Landfriedensbruches, sondern auch des versuchten Todtschlages schuldig gemacht und nicht wie Menschen, wenn auch verrohte, sondern geradezu wie wilde Bestien gehaust haben. Der Ausschluß der Oeffentlichkeit bei der Verhandlung in dem Löbtauer Prozeß wird vielfach bemängelt, unsererer Erachtens mit Unrecht. Wenn man sieht, wessen diese verwilderte Rotte fähig war, dann war es auch ein Gebot der Menschlichkeit, die Zeugen ihrem Terrorismus und ihrer Nachsucht zu entziehen.

Politische Tagesschau.

Der im Abgeordnetenhause eingegangene Gesetzentwurf wegen Ankaufs der Bernsteinwerke Stantien und Becker lautet in der Hauptsache: § 1. Die Staatsregierung wird ermächtigt zum Ankauf des Stantien und Becker oder dem Geheimen Kommerzienrath Becker in Königsberg gehörigen Grundbesitzes sowie des gesammten unter der genannten Firma in Deutschland betriebenen, auf Gewinnung und der Verarbeitung von Bernstein und auf den Handel mit Rohbernstein, Preßbernstein (Ambroid), geschmolzenen Bernstein (Kolophon) und den Nebenprodukten gerichteten Geschäfts und des Gewerbeunternehmens eine Summe bis zu 9 750 000 Mark zu verwenden. § 2. Der Finanzminister wird ermächtigt, zur Deckung der genannten Kaufsumme Staatsschuldverschreibungen auszugeben. Die Begründung des Erwerbs ist in der als Anlage beigefügten Denkschrift gegeben. Die Bedingungen, unter denen der Ankauf vollzogen werden soll, ergeben sich aus dem der Denkschrift angeschlossenen Vertrage. Der im Höchstbetrage auf 4 750 000 Mark angegebene Bedarf setzt sich zusammen aus der vereinbarten festen Kaufsumme von 6½ Millionen Mark, b) der für die Uebernahme des Lagers zu zahlenden Summe, welche bis zu 3 250 000 Mark gleich einen Verkaufswert von 4 370 000 Mark vorgesehen wird. § 2 entspricht den für die Aufnahme von Anleihen üblichen Bestimmungen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ giebt die Ausführungen des „Newyork Herald“ wieder, worin dieser den Plan einer direkten Kabelverbindung zwischen Deutschland und Amerika warm begrüßt. Der „Newyork Herald“ sagt, „die Kabelverbindung erleichtere und kräftige den Handel zwischen den Völkern, verbinde sie fester in den Banden wechselseitiger Interessen, vermehre den Austausch von Nachrichten und Gedanken, helfe Mißverständnissen vorbeugen und die Völker zu gemeinsamen Gesichtspunkten führen. Die Legung eines Ozeankabels fördere die Wohlfahrt der Völker wie ein Friedensschluß.“ Die „Nordd. Allg. Ztg.“ fügt hinzu: Wir verzeichnen gerade im gegenwärtigen Moment die Aeußerung des einflußreichen Newyorker Blattes mit besonderer Genugthuung als einen Beweis, daß in den einsichtigen Kreisen der Vereinigten Staaten dieselben Auffassungen Wurzel schlagen, von welchen die maßgebenden Persönlichkeiten in Deutschland zweifellos erfüllt sind.

Eine originelle Selbstverspottung nennt mit Recht die „Gumbinner Zeitung“ die folgende Auslassung der freisinnigen Königsberger „Hartung'schen Zeitung“: „Es giebt kein Volk, welches soviel beunruhigt wird, wie das deutsche. Die geringste Kleinigkeit genügt, den Zustand der Beunruhigung hervorzurufen. Wenn eine neue Militärvorlage erscheint, wenn der Minister seine Zusage, das Vereinsrecht zu bessern, nicht erfüllt, wenn der Staat Lippe längere Zeit auf seinen rechtmäßigen Herrscher und die Stadt Berlin ein halbes Jahr auf ihren Ersten Bürgermeister warten muß, immer fühlt sich das Volk beunruhigt. Im Par-

Marie.

Erzählung aus dem Auswandererleben in Nordamerika.

Nach dem Dänischen von Friedr. v. Känel.

(Nachdruck verboten.)

(4. Fortsetzung.)

„O nein, ich möchte viel lieber gleich mit Dir reisen!“ hörte er Marie unter heftigem Weinen sagen.

Es war Nygaard, der antwortete. Er sprach sanft und eindringend, und seine Stimme zitterte unmerklich.

„Nein, nein, liebe Marie, das kannst Du doch nicht,“ sagte er, „Du mußt ja zu Deiner Tante! Sie wird wohl eintreffen, um Dich zu empfangen; sonst will ich Dich hinauf zu ihr begleiten. Weine nun nicht mehr, Mariechen! Es wird wohl noch alles gut!“

Eine Weile hörte man nur das Weinen, dann sagte sie wieder:

„Du hast mir ja Deine Adresse nicht gegeben!“

„Hier ist sie . . . da ist meine Karte! Ich lege sie in Deine Tasche!“ antwortete er. Und ein wenig nachher fügte er hinzu: „Wenn es Dir bei Deiner Tante nicht gut gehen sollte, so schreibe mir!“

„Sonst nicht?“ ertönte es zweifelnd und schmerzlich.

Es war eine Weile ganz still, und er schien auf ihre Frage nicht zu antworten. Das Schiff legte unterdessen am Lande an, und nun sagte er gedämpft und sanft:

„Nun müssen wir uns trennen. Lebe wohl, Mariechen!“

„Lebe wohl!“

„Erhalte ich einen Kuß zum Abschied? . . . Dann gehen wir! Deinen Reisesack trage ich!“ — — —

Andreas war empört und gelobte sich selber, Nygaard seine Meinung rund heraus zu sagen, wenn er ihn allein träfe; aber als er sich nach der allgemeinen Verwirrung beim Landen in dem großen, runden Bienenkorb, Castle Garden genannt, umsah, war er nicht mehr zu entdecken.

Unterdessen war der Baumeister mit Marie zu ihrer Tante gegangen, die sich nicht beim Schiff eingestellt hatte. Nach einigem Suchen fand er sie in einer der Nebenstraßen in der Nähe des East River, wo sie ein Kosthaus für Kohlenträger und Kloaken-Arbeiter besaß. Sie war ein kleines, behendes Weib von großer Zungenfertigkeit, das mit aufgeschürztem Rock und einem Staubtuch in der Hand umherfuhr und sich Nygaard und Marie mit einer Miene näherte, als wenn sie im Sinn hätte, auch ihnen ein Abstäuben zu theil werden zu lassen.

„Na, das ist also Lisbeths Tochter!“ schnatterte sie. „Bewahre! Hast Du Dich nicht anders herausgewachsen! Nun, nun, wirst doch etwas schaffen können; und hier ist genug zu thun. Da wird es sich bald zeigen, zu was Du taugst!“

Marie stand und sah sich um, um die feinen Bodenteppiche und die kostbaren Möbel zu entdecken, von denen die Tante in ihren Briefen geprahlt hatte. Dann richtete sie einen enttäuschten, hilflosen und tieftraurigen Blick auf Nygaard, der die Hand auf die Thürklinke gelegt hatte, um zu gehen.

Er konnte nicht bleiben, wie gern er auch gewollt hätte, und jetzt, als er sah, welche Enttäuschung ihr an dem neuen Aufenthaltsort begegnete, da erwachten die Selbstvorwürfe in seiner Brust mit voller Stärke. Wie leichtsinnig und rücksichtslos hatte er doch an ihr gehandelt, indem er ein Gefühl weckte und nährte, das ihr eine viel bitterere Enttäuschung bereiten mußte, als irgend etwas auf der Welt. Sein Leben lang hatte er sich noch nie auf einer solchen Gemeinheit ertappt.

Mit gesenktem Kopf, niedergeschlagen und gereizt kam Nygaard zurück und traf Andreas in dem großen Wartesaal in Castle Garden.

„Mir kommt es vor, als wenn Sie eine Sünde an ihr begangen hätten!“ wagte Andreas ihm zu sagen.

„Wer? . . . Was geht das Sie an?“ antwortete er mit einer Heftigkeit, die ihm selber ganz fremd war.

Aber gleich darauf bat er Andreas um Verzeihung für diese Antwort und gab zu, daß er zu weit gegangen sei, suchte sich aber gleichzeitig damit zu entschuldigen, daß sie ihm einen tieferen Sinn untergeschoben habe, als er gemeint hatte.

„Ich dachte nicht, daß Sie es so ernst nehmen würde,“ sagte er, während sie in die Zollkammer gingen, um ihr Reisegepäck untersuchen zu lassen. „Man braucht sich das auch nicht so sehr zu Herzen zu nehmen . . . Es ist auch nur zum Lachen!“ fügte er mit einem erzwungenen Gelächter hinzu, das sowohl Andreas, als ihm selber sehr übel klang.

Drinnen in der Zollkammer stand Tilda glühend roth und in der tödtlichsten Verlegenheit vor ihrer großen fichtenhölzernen Kiste, in der ein Zollbeamter stöberte. Und sie wurde noch verlegener, als er derselben ein Paar hübsche, blaue Seemanns-Hosen entnahm.

„Well, what is that?“ („Ja, was ist das?“) rief der Zollbeamte verwundert aus.

Tilda verstand die Worte nicht, errieth aber den Sinn derselben und war nahe daran, vor Beschämung umzusinken.

Nygaard, der den Zusammenhang sofort errieth, trat rasch auf den Beamten zu, steckte ihm einen Silberdollar in die Hand und flüsterte etwas von einem jungen norwegischen Seemann, der sich mit dem Mädchen verlobt habe und nachfolgen wolle.

„All right, Sir! I unterstand!“ antwortete der Zollbeamte mit einem langen Lächeln. „I unterstand!“ („Gut, mein Herr! Ich verstehe!“)

Er steckte das Geld in die Tasche, klappte den Koffer zu und ging mit Nygaard, um dessen Koffer zu untersuchen.

„Kommt Ole nach?“ fragte Andreas, der neben Tilda stehen geblieben war.

„Ja er kommt sobald als möglich!“ flüsterte sie. „Aber schweigen Sie darüber . . . er muß sich vom Schiff fortstehlen!“

Und Tildas jugendliches Angesicht strahlte vor Freude bei dem Gedanken, daß sie bald mit Ola nach dem Westen reisen könnte.

VII.

Der Dayton ist eigentlich nur ein breiter Bach und fließt in einem Halbkreis östlich um Dayton City, das sich über demselben am Hügelabhang gegen Westen erhebt. Von der untersten Häuserreihe ziehen sich Küchengärten nach dem Fluß herab und werden von diesem nur durch einen breiten steinbelegten Gang getrennt, der an mehreren Stellen von Bäumen und Büschen verschlossen wird. An anderen Stellen hat man von den höher gelegenen Stadttheilen freie Aussicht auf den Fluß.

Während des größten Theiles des Tages ist nur wenig Verkehr am Flußufer. Hie und da rasselt ein Kinderwagen den Weg

lament werden diese Beunruhigungen sorgfältig registrirt. „Meine Herren," so pflegt, zur rechten Seite des Hauses gewendet, ein Redner der Linken zu sagen, „diese Politik versteht man im Lande nicht, Sie tragen mit solchen Dingen Beunruhigung in das Volk, wir sind Ihnen dankbar, daß Sie selber dem Volke die Augen öffnen." Diese Rede wird so häufig gehalten, daß wir ernstlich bezweifeln müssen, ob dem Volke wirklich die Augen geöffnet werden; kein Auge würde diese wiederholten Operationen aushalten. So gelangen wir zu dem weiteren Zweifel, ob das Volk sich überhaupt beunruhigt fühlt. Jedenfalls ist es eine merkwürdige Art der Beunruhigung, eine Beunruhigung, die ihre Inhaber durchaus nicht hindert, unmittelbar nach der Gemüthsaufwallung sich die Mütze über die Ohren zu ziehen und einen konservativ-zufriedenen Schlaf zu thun. Wir möchten fast annehmen, als ob den guten Leuten durch ihre Abgeordneten, durch die Presse ꝛc. eingeredet würde, sie fühlten sich beunruhigt, während sie in Wirklichkeit garnicht daran denken, sich die Verdauung stören zu lassen." Es gehört nicht viel Scharfblick dazu, um zu einem solchen Ergebniß zu gelangen, wie es die „Hartung'sche Zeitung" hiermit kund giebt. In der freisinnigen Presse aber ist es sicherlich ein Unikum, daß ein Blatt einmal klipp und klar den Unfug darstellt, womit die Politiker der Linken immer und immer „Beunruhigungen" im Volke hervorrufen wollen, obwohl sie bisher haben wahrnehmen müssen, daß ihre Stimmen nur den Erfolg der Stimme des Predigers in der Wüste haben.

In **Oesterreich** wird vorläufig auf Grund des § 14 der Verfassung weiter ohne Parlament regiert. Es ist das ein Zustand, der für alle Theile unerfreulich ist, für die Regierung sowohl, wie auch für die einzelnen Parteien und Nationalitäten. Es ist aber kein Ende der bestehenden Wirren abzusehen. Günstiger liegen die Dinge in Ungarn, wo sich eine Versöhnung mit der Opposition anzubahnen scheint. Die Voraussetzung dazu ist allerdings der Rücktritt des Kabinets Banffy, der aber nur eine Frage der Zeit ist.

Der neue **italienisch-französische** Handelsvertrag ist in Kraft getreten. Die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern waren genau 11 Jahre und 11 Tage unterbrochen.

Bei dem am Donnerstag abgehaltenen **französischen** Ministerrath theilte der Kriegsminister Freycinet mit, daß die früheren Instruktionen erneuert seien, worin darauf hingewiesen wurde, daß Offiziere jeder Theilnahme an Vereinen politischen Charakters sich zu enthalten hätten.

Zwischen den prinzlichen Brüdern **Victor** und **Louis Napoleon** sind jetzt alle Differenzen geschlichtet. Prinz Louis hat unter der Zustimmung der Exkaiserin Eugenie die Erbrechte Victor Napoleons anerkannt.

Die deutschen Unternehmungen im **deutsch-chinesischen** Schutzgebiete gedeihen in erfreulicher Weise. In Shantung haben sich die Kohlen- und Eisenerzlager so ergiebig erwiesen, daß die Anlagen von Berg- und Hüttenwerken Erfolg versprechen. Ueber die Anlage von Eisenbahnen schweben bereits Verhandlungen, die schon in nächster Zeit zum Ziele führen dürften.

Wie **Rußland** abrüstet, zeigt folgende Nachricht aus Petersburg: Das Marineministerium beschloß, sofort nach dem Stapellauf der neuen drei Kreuzer „Aurora", „Diana" und „Pallas" auf der Petersburger Werft ein neues großes Panzerschiff zu bauen. Dasselbe wird 12600 Tons Wasserverdrängung haben. Ferner rüstet Rußland ein 10000 Mann starkes Armeekorps nicht etwa ab, sondern aus, um es in China zu verwenden.

In **Sudan** scheinen neue Kämpfe zwischen den Engländern und den Mahdisten bevorzustehen. Der Khalif soll eine große Armee zusammengezogen haben, um die Engländer am oberen Nil anzugreifen.

Nach der „Voss. Zeitung" wurde den deutschen Kriegsschiffen „**Charlotte**" und „**Stosch**" bei ihrer Ankunft in **Tunis** von Algier ein warmer Willkommen bereitet. Den deutschen Kapitänen wurden von dem Befehlshaber der französischen Truppen hohe militärische Ehrenbezeugungen erwiesen. Der französische Resident stellte sie dem Bey von Tunis im Palast vor.

Das **nordamerikanische** Repräsentantenhaus verwarf mit 127 gegen 109 Stimmen den Antrag Hepheuns, eine Vorlage bezüglich des Nicaragua-Kanals dem Budgetentwurf für verschiedene Ausgaben als Unterantrag anzureihen. Dieser Beschluß macht es unmöglich, daß in der gegenwärtigen Session des Kongresses irgend ein Entwurf bezüglich des Nicaragua-Kanals zur Annahme gelangt.

Nach den **Philippinen** wird von den Vereinigten Staaten Verstärkung entsandt. Das neunte Infanterie-Regiment hat Befehl erhalten, sich nach San Francisko zu begeben und zur Abfahrt nach Manila bereit zu halten. — Das deutsche Kriegsschiff „Kaiserin Augusta" geht am Freitag von Manila nach Ilo-Ilo in See.

Nach den „Berliner Neuest. Nachr." hat die Reichsregierung in Washington keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie dem Oberrichter Chambers die Hauptschuld an den jüngsten beklagenswerthen Ereignissen auf **Samoa** zuschreibe und deshalb seine Ersetzung durch eine geeignetere Persönlichkeit für dringend wünschenswerth erachten würde.

Ueber ganz **Nicaragua** ist nach einem Newyorker Telegramm aus Managua vom Präsidenten Zelaye der Belagerungszustand verhängt worden.

Deutsches Reich.

Berlin, 16. Februar 1899.

— Se. Majestät der Kaiser erlegte gestern in Hubertusstock auf der Jagd fünf Hirsche, darunter einen starken Zwanzigender. Gestern Abend fiel leider starker Regen.

— Der Oberstkämmerer Fürst Hohenlohe-Oehringen giebt am 18. Februar ein Diner, wozu der Kaiser sein Erscheinen zugesagt hat.

— Der Chef des chilenischen Generalstabes, General Körner, und Reorganisator der chilenischen Armee hat eine Reise nach Europa angetreten und wird sich nach der „Schl. Ztg." besonders lange in Deutschland und namentlich in Berlin aufhalten, um verschiedene wichtige Aufträge der chilenischen Regierung zu erledigen. Die Ankunft des Generals in Deutschland dürfte Ende dieses Monats zu erwarten sein.

— Generalmajor z. D. Rudolf v. Thiessen (geboren 1821 in Danzig) begeht heute sein 60jähriges Militärdienstjubiläum.

— Der Oberarzt in der Schutztruppe für Deutschafrika Dr. Bludau scheidet mit dem 28. Februar aus und wird im aktiven Heer und zwar beim 46. Infanterie-Regiment angestellt.

— Der Bundesrath ertheilte in seiner heutigen Sitzung dem Ausschußantrage zu dem Entwurf eines Gesetzes betr. die Schlachtvieh- und Fleischbeschau sowie dem Ausschußberichte über die Vorlage betr. den Entwurf einer Fernsprechgebühren-Ordnung seine Zustimmmung.

— Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erledigte heute den Bauetat. Die Bewilligung einer Forderung von weiteren 500000 Mark zum Schutze und zur Erhaltung der Düne bei Helgoland wurde nach längerer Debatte ausgesetzt, nachdem sich der Minister auf Verlangen bereit erklärt hatte, Verhandlungen mit dem Reiche über einen Beitrag einzuleiten. Zur Begründung der Forderung wurde angeführt, es bestehe die Gefahr, daß die ganze Düne bei einem Sturme weggespült werde. Die Düne biete aber die einzige Möglichkeit, das Bad aufrechtzuerhalten. Bei Verlust der Düne würde die Einwohnerschaft den Felsen Helgoland verlassen. Auch aus maritimen Gründen sei die Erhaltung der Düne nothwendig.

— Die Budgetkommission des Reichstages wandte sich heute unter Unterbrechung der Besprechung über die Militärvorlage zur Berathung der Zölle und Verbrauchssteuern. Schatzsekretär Freiherr von Thielmann theilte mit, daß sich der Gesammtabschluß des laufenden Etatsjahres noch besser stellen werde, als bisher erwartet wurde, und äußerte sich dann zu den Ausführungen des preußischen Landwirthschaftsministers Freiherrn von Hammerstein bezüglich der unserer Zuckerindustrie von Kuba drohenden Gefahr. Er erkenne die Gefahr wohl an, halte sie aber nicht für so dringend, wie Freiherr von Hammerstein. Kuba sei vielfach verwildert und bedürfe einer jahrelangen Bearbeitung, um wieder ertragsfähig zu werden. Es herrscht dort große Leutenoth. Von den weißen Arbeitern seien 60 Prozent verzogen, verdorben, verstorben; die schwarzen Arbeiter seien durch den Krieg verlottert, Ersatz sei außerordentlich schwierig. Sachverständigerseits meine man, daß Kuba, welches im Vorjahre 250000 Tonnen Zucker erzeugt habe, im laufenden Jahre 500000 Tonnen, 1900 800000 und erst 1902 oder 1903 etwa 2000000 Tonnen, den Bedarf der Vereinigten Staaten von Amerika, liefern werde. Ihm (dem Staatssekretär) erscheine diese Schätzung zu hoch gegriffen. — Die Abgeordneten Paasche und Frese bestätigten auf Grund sachverständiger Informationen diese Ausführungen. Ersterer berichtete, daß die Zuckerfelder in Kuba mit Queckengras überwuchert, vielfach in Ochsenweide umgewandelt seien. Die kubanischen Neger seien zu träge geworden, um für den Plantagenbau bald wieder verwendet werden zu können. Für die nächsten 5 Jahre sei jedenfalls die Konkurrenz Kubas nicht zu fürchten. Der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern wurde genehmigt, ebenso der der Stempelsteuern.

— Die Gemeindekommission des Abgeordnetenhauses verhandelte heute über den Antrag Weyerbusch auf Aenderung des Kommunalabgabengesetzes im Sinne einer größeren Entlastung des Grundbesitzes. Es wurde anerkannt, daß die Ungerechtigkeit in der Vertheilung der Kommunalabgaben gegenüber dem Grundbesitz nicht in dem Gesetz selbst liege, sondern in dem falschen Prinzip der Ausführungsbestimmungen, daß 4 Prozent vom Reinertrag als Grundlage für die Einschätzung gerechnet werden sollen. Von der Regierung wurde erklärt, daß an dem Gesetz selbst nicht gerüttelt werden dürfe, andererseits aber zugestanden, daß über die Abänderung der Ausführungsbestimmungen sich reden ließe.

— Eine neue Station in Deutschostafrika hat Hauptmann Schlobach nach dem „Dtsch. Kolonialbl." auf seiner Expedition an der Ostseite des Viktoria Nyanza entlang am äußersten Nordende der Küste nahe der englischen Grenze bei der Schiratibucht angelegt. — Auf einer Expedition, die Hauptmann Schlobach von Muanza aus an der Ostseite des Viktoria Nyanza entlang in den Sommermonaten des vergangenen Jahres unternahm, traf derselbe auf den kriegerischen Stamm der Wasweta, der in der stark befestigten Boma Kiboroswa die Aufforderung, friedlich mit der Expedition zu verkehren, mit einer Kriegserklärung beantwortete. Es erfolgte infolge dessen nach dem „D. Kol.-Bl." ein Angriff auf die Boma, die nach halbstündiger tapferer Gegenwehr gestürmt und nachher dem Erdboden gleichgemacht wurde.

— Der deutsche Handelstag tritt am 2. März zusammen. Zur Berathung stehen: Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen, Wasserbauverwaltung in Preußen, Schädigung des Handels durch Kornhausgenossenschaften und Landwirthschaftskammern und Aenderung des Bankgesetzes.

— Der bisherige besoldete Beigeordnete (zweiter Bürgermeister) Dr. Todsen in Flensburg ist als Erster Bürgermeister der Stadt Flensburg auf zwölf Jahre bestätigt worden.

— Die drei Institute für die Stadt Posen, nämlich der Neubau der Kaiser Wilhelmsbibliothek, das Provinzialmuseum (zusammen 752400 Mk.) und das hygienische Institut (24000 Mk.), wurden in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses bewilligt.

— Die Gesundheitsgefährlichkeit amerikanischer Wurstwaaren wurde letzthin wieder einmal festgestellt, und zwar in Ruhrort, wo 30 Kisten mit amerikanischer Wurst anlangten, welche von den Fleischbeschauern nach erfolgter Untersuchung für höchst trichinös bezeichnet wurde. Die Polizei belegte infolge dessen die Kisten sofort mit Beschlag und überlieferte den Inhalt der dortigen Gasfabrik zur Verbrennung.

— Die Ergebnisse der in den Einzelstaaten jüngst veranstalteten Erhebungen über die Fleischfrage sind jetzt im Reichsamt des Innern zusammengestellt und nach einheitlichen Gesichtspunkten geordnet. Zur Ergänzung wurden übersichtliche Aufstellungen über den deutschen Viehbestand, die deutsche Ein- und Ausfuhr von Vieh und Fleisch, sowie Angaben über den Seuchenstand herangezogen. Die Veröffentlichung dieses für die Fleischfrage wichtigen amtlichen Materials soll demnächst erfolgen.

— Der Aachener Verein zur Beförderung der Arbeitsamkeit schenkte 400000 Mark für eine im dortigen Kreise zu errichtende Lungenheilstätte.

— In Kolmar i. E. ist eine Anzahl arbeiterfreundlich gesinnter Herren zusammengetreten, um eine Genossenschaft ins Leben zu rufen, die sich mit dem Bau billiger und gesunder Arbeiterwohnungen beschäftigen soll.

Hannover, 15. Februar. Der Provinzial-Landtag wurde heute Nachmittag durch den Oberpräsidenten eröffnet. Zum Vorsitzenden wurde Graf zu Inn- und Knyphausen wiedergewählt. Dieser erinnerte an den Besuch der Majestäten in der Provinz und an die mustergiltige Haltung der Bevölkerung bei dieser Gelegenheit und hob hervor, in der Ehrung der ehemaligen hannoverschen Armee durch die Fortpflanzung ihrer Erinnerungen sei der Dank Seiner Majestät des Kaisers für ihre Treue und Anhänglichkeit zu erblicken. Jeden Hannoveraner erfülle der Gedanke an die Waffenthaten der alten Armee mit Stolz, darum seien die Hannoveraner voll Dankes für die Neubelebung durch die Verbindung mit der jetzigen Armee. Der Redner forderte dann zu treuer Gefolgschaft auf und schloß mit den Wünschen für ein glückliches Gedeihen der Regierung des Kaisers. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Hildesheim, 14. Februar. Die hiesige Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes beschloß die Errichtung einer Bismarcksäule.

---

entlang, dieser oder jener Bürger der Stadt geht dort, um frische Luft zu schöpfen oder sich unter die Erlensträucher zu setzen, um zu fischen und mit seinen Gedanken allein zu sein. Und es soll auch nichts ungewöhnliches sein, daß junge Mädchen sich am liebsten dorthin flüchten, wenn der Mond seinen Silberschein auf den Flußspiegel legt.

Eines Sonnabends abends bei Sonnenuntergang saß Andreas mit seinem Angelgeräth dort. Es war schon Herbst und die Luft bereits ein wenig kühl. Die Schatten der Bäume zogen sich weit über den Fluß hinaus, wo weiße Wolken sich tief unten in dem gleitenden Wasser spiegelten. Die Fische schienen nicht anbeißen zu wollen. Es schien, als bekümmere Andreas sich auch nicht sonderlich darum, was sie thaten; denn er ließ den Kork schwimmen, so weit er konnte, und die Ruthe auf der Wasserfläche ruhen, und blickte hinauf in die Wolken.

Ein Fischerboot glitt langsam den Strom hinab, und der Fischer rief Andreas zu:

„He, Du Landratte! Willst Du mitfahren?"

Andreas sah auf und erkannte Ola Kjölstad, der vor einem Monat mit Tilda nach Dayton gekommen war, die unterdessen seine Frau geworden. Aus Mangel an besserer Beschäftigung betrieb er die Fischerei und schien sich dabei ganz gut zu befinden. Andreas arbeitete als Zimmergeselle bei Baumeister Nygaard.

„Nein, danke; ich habe heute keine Lust!" gab Andreas zur Antwort. „Aber komm Du hierher!"

„Du fischest wohl noch einen guten Stiefel!" sagte Ola, indem er das Boot wendete und sich der Stelle näherte, wo Andreas saß. „Du könntest ebensogut im Wassereimer Deiner Mutter angeln!"

„Und Du?"

„Ich habe genug für heute!" Er hob einen Korb mit Fischen aus dem Boot. „Du kannst's glauben, er ist schwer; aber dafür giebt's morgen ein Fest!"

„Was für ein Fest?"

„Ei, das Hochzeitsfest bei Birks, wo Dein hoher Prinzipal und Meister, Hans Nygaard, mit der Tochter verbunden werden soll, — sei's lebendig oder todt!"

„Wieso?"

„Wieso! Das sagen ja alle, und ich spreche es nach: er ist auffallend bleich für einen glücklichen Bräutigam. Tilde behauptet, daß sie, wenn ich so den Kopf hätte hängen lassen, wie er es in der letzten Zeit thut, mich garnicht genommen haben würde, und wenn ich eine Tonne Gold besessen hätte!"

„Krankheit ist jedermanns Herr," sagte Andreas nachdenklich, aber ich kann nicht leugnen, daß mir dies auch auffallend gewesen ist — besonders, da es so plötzlich kam, gerade als er den Brief aus Newyork erhalten hatte!"

Andreas zog seine Angelschnur ein, und Ole legte an, sprang ans Land und befestigte das Boot an einem Baum.

„Ist das wirklich wahr, was Du Tilda heute Morgen erzählt hast?" fragte er, während er das Boot anband.

„Daß sie heute Abend hierher kommt?" . . . Ja, das ist leider wahr. Ich denke, daß sie bald hier vorüber kommen!"

„Wer?"

„Sie und Nygaard. Er ist selbst nach der Station gegangen, um sie zu empfangen."

„Das that er doch!"

„Er ersuchte zuerst mich darum, es zu thun, als er heute Vormittag das Telegramm erhalten hatte; später aber kam er und sagte, es sei am besten, wenn er selber gehe . . ." Er schien sehr niedergeschlagen zu sein!"

„Ja, das ist auch nicht zum Verwundern!" rief Ola aus. „Es ist fatal, daß sie den Einfall haben mußte, hierher zu kommen — und dies gerade morgen!"

„Jawohl . . . ." wiederholte Andreas grübelnd. „Wäre nur erst die Hochzeit vorbei gewesen, dann würde . . . ."

„Thörichtes Mädchen!" rief Ola aus und spie ins Wasser.

„Vielleicht etwas mehr!"

„Pah! Wenn er auch ein wenig freundlich that mit ihr auf der Reise, so hatte sie doch deshalb kein Recht, sich so dumm zu benehmen und sich einzubilden, daß es ihm damit ernst sei . . . Schade um ihn!"

„Er hat den Funken geworfen; somit ist es seine Schuld, wenn er brennt!"

„Der Henker mag's glauben! Wer kann wissen, wer den Funken geworfen hat? Wenn ich übrigens aus meiner geringen Erfahrung heraus sprechen darf, so will ich Dir nur sagen, Andreas, daß immer die Mädchen daran schuld sind, denn sonst hätte ich mich nicht so häufig verliebt!"

(Fortsetzung folgt.)

Provinzialnachrichten.

Gollub, 15. Februar. (Haushaltsplan für 1899.) Die Stadtverordneten setzten den Haushaltsplan für 1899 auf 42 467 Mark fest. Der Gemeindebedarf soll durch Zuschläge zur Staatseinkommensteuer mit 250 pCt., zu der Realsteuer mit 200 pCt. gedeckt werden. Im laufenden Jahre betragen diese 275 bezw. 210 pCt. Zur Betriebssteuer soll, wie im Vorjahre, ein Zuschlag von 100 pCt. erhoben werden. 400 Mark wurden zum Garantiefonds für die Herbeiführung des Anschlusses der Stadt an das allgemeine Fernsprechnetz bereit gestellt. Private haben außerdem 1250 Mark gezeichnet.

Schneidemühl, 15. Februar. (Verurtheilung.) Der Chefredakteur der „Nationalzeitung“ in Berlin, S. Köbner, wurde heute vom hiesigen Schöffengericht wegen Beleidigung des Probstes Renkawitz in Usch zu einer Geldstrafe von 50 Mk. verurtheilt.

Posen, 15. Februar. (Todesfall.) Herr Domänenrath Julius Scholtz auf Schloß Samter ist heute früh im 72. Lebensjahre gestorben. Mit ihm ist einer der hervorragendsten Landwirthe unserer Provinz aus dem Leben geschieden, dem zahlreiche Besitzer ihre praktische Ausbildung verdanken.

Lokalnachrichten.

Thorn, 17. Februar 1899.

— (Personalien.) Der Hofbesitzer Carl Polsfuß zu Rogowo ist von dem Herrn Oberpräsidenten auf einen weiteren Zeitraum von sechs Jahren zum Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Rogowo ernannt worden.

— (Eine Perronsperre) wie in Preußen wird nach dem „Kur. Warszawski“ auch auf sämmtlichen Bahnen Rußlands und Polens eingeführt.

— (Nichtraucher-Abtheile in der vierten Wagenklasse.) Die preußische Staatsbahnverwaltung beabsichtigt in den Eisenbahnwagen vierter Klasse solcher Züge, die längere Strecken zurücklegen, Abtheile für Nichtraucher einzuführen.

— (Der ostdeutsche Jünglingsbund), der Berlin, die Provinzen Brandenburg, Sachsen, Pommern, Posen, Ost- und Westpreußen und das Herzogthum Anhalt umfaßt, hat soeben sein Jahrbuch für 1899 ausgeben lassen. Die Zahl seiner Vereine stieg im Jahre 1898 von 252 auf 284, die Zahl seiner Mitglieder ist um 1672 gestiegen und beträgt jetzt 16834. Elf Vereine haben eigene Vereinshäuser; 239 Vereine besitzen Büchereien mit der stattlichen Gesammtzahl von 50787 Bänden. 95 Vereine haben Sängerchöre mit 1823 Sängern gebildet; in 65 Vereinen bestehen Posaunenchöre mit 536 Bläsern. — Die Arbeit in den Vereinen ist fast überall in erfreulichem Wachsthum begriffen und es fehlt ihr auch nicht der Segen dessen, dem die ganze Arbeit der Vereine gilt. Es wäre zu wünschen, daß sich immer mehr Interesse und Verständniß für diese Arbeit an der evangelischen Jugend unseres Volkes bei Meistern und Lehrherren, sowie bei Vätern und Erziehern zeigte!

— (Wegen strafbaren Eigennutzes) nach § 288 ist am 2. Dezember v. Js. vom Landgericht Thorn der Mühlenbesitzer Wilhelm Reissow zu sechs Monaten und die Mitangeklagte gesch. Huber wegen Beihilfe zu einem Monat Gefängniß verurtheilt worden. R. hatte ein verschuldetes Gut gekauft und die H. als Wirthschafterin engagirt. Bei ihm wurde aus verschiedenen Anlässen mehrfach gepfändet, und um die Pfändungen erfolglos zu machen, verkaufte er der H. sein ganzes Inventar und schenkte ihr Sachen, die sie persönlich garnicht gebrauchen konnte. Später verkaufte er auch das Gut noch. Die von beiden Angeklagten beim Reichsgericht eingelegte Revision wurde in der Sitzung des Reichsgerichtes vom 14. ds. verworfen.

— (Der Verein ostdeutscher Holz- und Flößerei-Interessenten) zu Bromberg veröffentlicht soeben seinen siebzehnten Jahresbericht, dem wir folgende Daten entnehmen: Die anhaltend günstige Witterungslage in Deutschland im Jahre 1898 hatte auch auf den deutschen Holzhandel trotz vielfacher Verkehrserschwerungen mittelbar vortheilhaften Einfluß, wie denn der Außenhandel Deutschlands in den letzten fünf Jahren ein befriedigendes Bild gewährt. Die Einfuhr war auch im Vereinsjahre wieder aus Rußland sehr erheblich und betrug 40 Prozent. Der Bericht giebt dann eine kurze Uebersicht über den Flößereiverkehr mit Rußland und bezeichnet hierauf auch den Inlandsverkehr als befriedigend. Im Bromberger Kanal war der Wasserstand so befriedigend, daß das ganze Jahr hindurch Tag und Nacht geschleust werden konnte. Ebenso war die Schiffahrt mit Ausnahme von zwei Wochen durchaus günstig. Außer den staatlichen Fahrzeugen passirten den Bromberger Kanal zu Berg 516 leere und 864 beladene Fahrzeuge, zu Thal 571 leere und 787 beladene Fahrzeuge. In erheblichem Maße ist an diesem Schiffsverkehr die ostdeutsche Holzindustrie betheiligt, da beinahe 45 pCt. der gesammten Schiffsladungsgüter aus Holz bestehen. Für das Wachsen der Bromberger Holzindustrie legt das Wachsen des Betriebes der hiesigen Schneidemühlen Zeugniß ab. Was nun den Flößereiverkehr auf dem Bromberger Kanal anbelangt, so wurden durch denselben 650355 Meter Holz geflößt. Im Lokalverkehr Brombergs betrug die Beförderung 176041 Meter. Von der Station Weißenhöhe aus wurden 7832 Flöße expedirt. In seinen weiteren Ausführungen bespricht dann der Jahresbericht verschiedene Gesetze und Verordnungen, sowie mehrere Tarifbestimmungen. Ferner wird der geplante Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin kurz besprochen und dann noch mitgetheilt, daß im Berichtsjahre mit Unterstützung des Vereins die Fernsprechverbindung mit Brahnau eingerichtet worden ist. Zum Schluß stellt der Bericht fest, daß der Verein, wenn seine Wirksamkeit auch nicht jedem einzelnen Mitgliede gleich erkennbar ist, doch direkt und mittelbar die gewerblichen Interessen des deutschen Holzhandels und Holzverkehrs, sowie der Holzindustrie fördern hilft.

— (Offizianten-Begräbnißverein.) In der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung wurden bei der Ergänzungswahl des Vorstandes die Herren Tischlermeister Bartlewski, Schornsteinfegermeister Fucks, Klempnermeister Joh. Glogau und Schlossermeister Thomas wiedergewählt. Die Jahresrechnung für 1898 schließt in Einnahme mit 2153,60 Mark und in Ausgabe mit 1496,55 Mark ab, sodaß ein Kassenbestand von 657,05 Mark verbleibt. An Begräbnißgeldern wurden 774,00 Mark verausgabt. Das Vereinsvermögen ist von 12910,80 Mark auf 13399,50 Mark gestiegen. Zur Prüfung der Jahresrechnung wurden die Herren Rendant Kapelke, Schlossermeister Labes und Klempnermeister Meinas gewählt. Der Jahresrechnung für 1897 wurde Entlastung ertheilt.

— (Verein deutscher Katholiken.) Gestern fand die für abends 8½ Uhr im großen Saal des Schützenhauses anberaumte Versammlung des „Vereins deutscher Katholiken“ statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Wahl des Vorstandes, 2. Redaktionelle Aenderungen an den Satzungen des Vereins, 3. Aufnahme neuer Mitglieder. Die Wahl der Vorsitzenden, welche durch Stimmzettel erfolgte, fiel auf die Herren Stadtrath Kriwes, 1. Vorsitzender und Vikar Deja, 2. Vorsitzender. Die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder erfolgte durch Zuruf und fiel auf die Herren Mittelschullehrer Behrendt Schriftführer, Hauptlehrer Schwarz Kassirer, Stadtverordneter und Fleischermeister Wakarech, Gerichtssekretär Matz und Lehrer Klatt Vergnügungsvorsteher, letzterer zugleich Gesangsdirigent. Die Satzungen des Vereins wurden nach nochmaliger Durchsprache angenommen und zwei Paragraphen, deren Fassung vorher einige Schwierigkeiten bereitet hatte, nunmehr festgelegt und aufgenommen, worauf mehrere neue Mitglieder durch Namensunterschrift ihren Beitritt erklärten. — Gleichzeitig wurde die Gründung eines Zweigvereins des „Vereins vom heil. Karl Borromaeus zur Verbreitung guter Bücher“ beschlossen, welchem der Verein deutscher Katholiken als korporatives Mitglied beitreten wird und dessen Bibliothek auch seinen Mitgliedern zur Benutzung freistehen soll. Ihren Beitritt zum Borromaeus-Verein sagten etwa 30 Herren aus der Versammlung zu. Zum Schlusse brachte der Vorsitzende ein Hoch auf Kaiser und Papst aus, worauf die Versammelten begeistert die Papst- und Kaiserhymne sangen. Die nächste Versammlung wurde auf den 8. März im Schützenhaus anberaumt.

— (Spezialitätenvorstellung Schützenhaus.) Wie schon mitgetheilt, wird im Schützenhaus am Sonntag und Montag das Spezialitäten-Ensemble vom Kaisergarten aus Posen auftreten. Die Hauptkraft des Ensembles ist Fräulein Liesa, die Luft-Velocipedistin, welche den Ruf einer Attraktion ersten Ranges hat. Das illustrierte Weltblatt „Reporter“ schreit über dieselbe unter der Ueberschrift „Fräulein Liesa, die Luft-Velocipedistin. Eine Illusion von Winckler-Venturini“ folgendes: Vor etwa sieben Jahren absolvirte der Illusions-Künstler Herr Winckler-Venturini mit der schwebenden Dame „la femme volante“ an den größten Bühnen Deutschlands, Oesterreichs, Hollands, Belgiens und Italiens außerordentlich erfolgreiche Engagements. Hierauf machte er mit einer eigenen Gesellschaft eine Tournee durch den Orient welche in Rumänien anfing, ihn von dort nach Serbien, Bulgarien, der Türkei, Syrien, Palästina, Egypten, Indien und Griechenland führte. Auf dieser Tournee führte er zum ersten Mal seine neue Nummer, die „Luft-Velocipedistin“ vor, mit der er allenthalben reichen Beifall erntete. In Konstantinopel wurden Herr Winckler-Venturini und seine Gehilfin, Frl. Liesa, nach einer Privatvorstellung beim Sultan Abdul Hamid Chan, von diesem reich beschenkt. Für den Impresario fiel bei dieser Gelegenheit sogar ein Orden ab. Auch vor dem Khedive von Egypten produzirte sich der Künstler mit seiner Illusionsarbeit. Vor sechs Monaten kehrte sodann Herr Winckler über Rom und Paris nach Deutschland zurück. Er absolvierte hier verschiedene Engagements und ist bereits für das Jahr 1900 nach Australien engagiert. Bis dahin werden die abgeschlossenen Engagements in Europa absolvirt. Die Arbeit des Fräulein Liesa besteht darin, daß sie ein Zweirad und mit demselben schräg zur Luft hinauf fährt und in freier Luft Wendungen nach rechts und links macht, auch fährt sie in der Luft vor und rückwärts, gerade herauf und herunter. Nachdem sie alsdann zur Bühne heruntergekommen ist, fährt sie sofort das Rad bis zur Rampe des Theaters frei vor. Alles das geschieht bei beleuchtetem Theater, ohne Spiegel, ohne Draht u. s. w. Durch die Drehungen beweist die Künstlerin, daß sie, so wie ihr Rad, stets frei ist. Der Hintergrund der Bühne ist mit einem schwarzen Sammetvorhang bedeckt, der die Tiefe der Bühne dreimal größer erscheinen läßt, als sie in Wirklichkeit ist. Fräulein Liesa selbst, die anmuthige Künstlerin, für welche das Gesetz der Schwere nicht vorhanden zu sein scheint, trägt bei ihren Produktionen ein helles Kostüm. Auch ihr Rad ist in heller Farbe gehalten, sodaß ihre reizvolle Erscheinung sich von dem dunklen Hintergrunde recht wirkungsvoll abhebt. Mit welchen Mitteln Herr Winckler-Venturini die Illusion erzielt, als ob die Dame in freier Luft ihre Radfahrübungen vorführe, das ist sein Geheimniß. Bisher ist es noch keinem seiner vielen Konkurrenten gelungen, diesen seinen Trick ausfindig zu machen.

— (Selbstmord.) Heute Mittag 1 Uhr hat sich in der Wohnung seiner Mutter der 17 Jahre alte Arbeitsbursche Paul Zdunek mit einem dreiläufigen Revolver einen tödtlichen Schuß in die rechte Schläfe beigebracht. Ein am Hause vorbeigehender Militärarzt, der zur Hilfe gerufen wurde, konnte nichts mehr thun. Was den jungen Menschen in den Tod getrieben, ist unbekannt. Z. hinterließ eine Postkarte mit Grüße an seine Familie und mit der Bitte, daß man ihm den Revolver mit ins Grab legen möchte.

— (Diebstahl.) Ein unverbesserlicher Spitzbube ist der Dachdecker Albert Schleer aus Mocker, der bereits dreimal hintereinander mit dem Gerichte wegen Diebstahls zu thun gehabt hat und jetzt wieder wegen desselben Vergehens verhaftet worden ist. Der Kaufmann Rausch ließ gestern Nachmittag 3 Uhr von seinem Speicher in der Gerstenstraße eine Fuhre Roggen in Säcken abladen. Schleer ging vorüber, nahm einen Sack Roggen auf die Schulter und ging mit diesem Raub bis in die Tuchmacherstraße. Dort erwartete ihn schon ein Kompagnon mit einem leeren Sack, der Raub wurde getheilt und beide wollten verschwinden. Herr Rausch, der inzwischen das Fehlen eines Sackes Roggen von ca. 15 Mark Werth bemerkt hatte, sah, wie die beiden gerade die Tuchmacherstraße passirten. Mit einem Arbeiter nahm er schnell die Verfolgung der Diebe auf, diese warfen die Säcke fort und flüchteten. Schleer wurde am Leibitscher Thor von dem Militärposten festgehalten und aus der Wachtstube brachte ihn ein herbeigeholter Polizeibeamter nach Nummer Sicher. Der Komplize ist noch nicht erwischt.

— (Polizeibericht.) In polizeilichen Gewahrsam wurden 6 Personen genommen.

— (Gefunden) eine anscheinend silberne Damenuhr in der Nähe des Schlachthauses, ein anscheinend goldener Ring, ein Primawechsel, ausgestellt auf L. Schütz in Thorn im Polizeibriefkasten, die Hälfte von einem Handwagen in der Gerberstraße, abzuholen von Sablotny, Gerberstraße 14, ein Bund Schlüssel auf der Bromberger Vorstadt. Näheres im Polizeisekretariat.

— (Von der Weichsel.) Der Wasserstand bei Warschau betrug heute 2,67 Meter (gegen 2,52 Meter gestern).

Eingesandt.

(Für diesen Theil übernimmt die Geschäftsleitung nur die preßgesetzliche Verantwortlichkeit.)

Leider ist bis jetzt vergeblich auf die in Aussicht gestellte Bekanntmachung des Vorstandes des Thierschutzvereins wegen Abgabe von Nistkästen für Vögel, sowie Anweisung zur Befestigung gewartet worden, obgleich dem Vernehmen nach die Nistkästen bereits seit einer Woche angelangt sind. Für dieses Jahr dürfte sich die Sache wohl verspäten, da die Staare in kürzester Zeit eintreffen werden.

Ein Freund des Thierschutzvereins.

Neueste Nachrichten.

Präsident Faure †.

Paris, 17. Februar. Präsident Faure befand sich gestern um 6 Uhr nachmittags in seinem Arbeitszimmer, als er sich unwohl fühlte und den Direktor seines Kabinets Le Gall rufen ließ, der dem Präsidenten die erste Hilfe leistete und sofort Aerzte holen ließ. Trotz aller angewandten Mittel verlor Präsident Faure gegen 8 Uhr das Bewußtsein und verschied um 10 Uhr abends, umgeben von den Mitgliedern seiner Familie und dem Ministerpräsidenten Dupuy.

Eine Note der „Agence Havas“ besagt: Präsident Faure ist abends 10 Uhr infolge eines Schlaganfalles verschieden. Ministerpräsident Dupuy, welcher beim Ableben des Präsidenten zugegen war, theilte den Präsidenten des Senats und der Kammer, sowie den Ministern die Trauernachricht mit und richtete an die Präfekten und Unter-Präfekten folgende Depesche: „Ich habe Ihnen die traurige Nachricht von dem heute Abend 10 Uhr infolge eines Schlaganfalles erfolgten Ableben des Präsidenten der Republik mitzutheilen. Ich ersuche Sie, alle Vorkehrungen zu treffen, daß die Bevölkerung unverzüglich von dem Trauerfalle, der die Republik getroffen hat, benachrichtigt wird. Die Regierung rechnet auf Ihre ganze Wachsamkeit bei dieser schmerzlichen Lage der Dinge.“

Paris, 17. Februar. Kaiser Wilhelm drückte der Wittwe Faure's sein Beileid aus und beauftragte den deutschen Botschafter, der französischen Regierung in seinem Namen seine Theilnahme auszusprechen und heute am Sarge Faure's einen Kranz niederzulegen.

Dupuy theilte im Ministerrathe den Tod des Präsidenten Faure mit, der Senatspräsident Loubet setzte den Zusammentritt des Kongresses zur Wahl eines neuen Präsidenten auf morgen mittags 1 Uhr fest. Nach dem Ministerrathe begaben sich sämmtliche Minister nach dem Elysee, um der Familie Faure's ihr Beileid auszusprechen. Die Beisetzung wird Nationalsache sein. Die Theater sind geschlossen.

Die Beisetzung Faure's erfolgt auf dem Friedhofe pere la chaise. Der deutsche Kaiser läßt sich bei der Leichenfeierlichkeit durch eine besondere Mission vertreten.

Präsident Faure liegt in seinem Arbeitszimmer auf einem messingnen Feldbett ausgestreckt. Die Züge sind nicht entstellt, sie tragen einen heiteren Ausdruck. Die Hände sind über die Brust gekreuzt. Zwei Schwestern wachen an beiden Seiten der Bahre.

Faure war am 17. Januar 1895 zum Präsidenten der Republik gewählt; seine Präsidentschaft hätte normalerweise am 17. Jan. 1902 ihr Ende erreicht. Die Nationalversammlung (Senat und Deputirtenkammer) hat nunmehr den neuen Präsidenten zu wählen. Geboren war Faure am 30. Januar 1841 in Paris.

Ueber die letzten Augenblicke des Präsidenten Faure wird weiter gemeldet: Um 6 Uhr abends kam der Präsident aus seinem Arbeitszimmer an die Thür des anstoßenden Bureaus seines Kabinetsdirektors Le Gall und sagte zu diesem: „Ich fühle mich unwohl, kommen Sie zu mir.“ Le Gall eilte sofort auf den Präsidenten, der sich noch sehr gut aufrecht hielt, zu und geleitete ihn, indem er ihn am Arme stützte, zu dem kleinen Sopha in dem Arbeitszimmer des Präsidenten. Faure griff mit der Hand nach dem Kopf und wiederholte, indem er sich die Stirn rieb: „Mir ist schlechter.“ Auf die Frage Le Galls, was er am Sitze des Uebels empfinde, erwiderte der Präsident, der bei vollem Bewußtsein geblieben war: „Es ist eine allgemeine Schwäche, mir wird ganz schwindelig.“ Le Gall ließ sofort den Chef des Militärstabes, General Raillond, sowie den Kabinetsunterdirektor herbeirufen und bat letzteren, rasch einen Arzt holen zu lassen. Gleichzeitig hörte er, daß sich zufällig Dr. Humbert bei seinem Bruder, dem Major Humbert, im Elysée befand. Dieser richtete die ersten Fragen an den Präsidenten, gab ihm Schwefeläther zu athmen und machte dem Präsidenten, dessen Zustand anfänglich nicht besonders ernst schien, eine Coffein-Einspritzung; der Präsident erholte sich jedoch nicht, sondern sagte wiederholt: „Mit mir geht es zu Ende, ich bin verloren, sicher verloren.“ Er sprach den Wunsch aus, seine Frau und seine Kinder zu sehen. Da sich sein Zustand von Minute zu Minute verschlimmerte, wurden telephonisch die Doktoren Lannelongue und Cheurlot herbeigerufen, zu denen bald auch Doktor Bengeron stieß. Diese erkannten bald, obgleich der Präsident beim Bewußtsein blieb, daß die Lage äußerst ernst war. Präsident Faure, der zu erkennen gab, daß er sich über den Ausgang seines Anfalles keiner Täuschung hingebe, nahm herzlich Abschied von seiner Frau, der er für ihre beständige Liebe und Hingebung dankte, sowie von seinen Kindern. Dann verabschiedete er sich von Le Gall, dem er für seine innige Treue und Mitarbeit dankte, und von seinem Haushofmeister, den er zu vergessen bat, daß er ihn manchmal auch angefahren habe, und schließlich von seinem Kammerdiener.

Berlin, 17. Februar. Der Staatssekretär v. Bülow stattete dem französischen Botschafter einen längeren Beileidsbesuch ab.

Berlin, 17. Februar. Reichstag. Vor Eintritt in die Tagesordnung ergreift der Reichskanzler Fürst Hohenlohe das Wort und erklärt: „Ich habe dem hohen Hause die Mittheilung zu machen, daß der Präsident der französischen Republik gestern Abend an einem Schlaganfall plötzlich verschieden ist. Ich bin gewiß, daß die Vertretung des deutschen Volkes sich eins weiß mit dem Kaiser und den verbündeten Regierungen in dem Ausdruck der aufrichtigen und herzlichen Sympathie für die französische Nation, welche den Heimgang des Mannes beklagt, der als ihr Staatsoberhaupt unentwegt die großen Interessen des Friedens, der Eintracht und der Wohlfahrt der Völker gefördert hat. Eingedenk der gemeinsamen Bande, welche alle zivilisirten Völker umschließen, geben auch wir der Trauer Ausdruck über den Verlust des französischen Volkes, das zu keiner Zeit aufgehört hat, ein großer Träger der Zivilisation zu sein.“ Die Parteien erheben sich alle von ihren Sitzen.

Paris, 17. Februar. Von der heute gewählten Kommission des Senats zur Prüfung des Gesetzentwurfes bezüglich der Abänderung des Revisionsverfahrens sind 5 für, 4 gegen den Gesetzentwurf.

Bombay, 16. Februar. Ein heute aus dem Persischen Golfe hier eingetroffener Dampfer bringt die Meldung, daß dem Sultan von Oman am Sonnabend ein Ultimatum überreicht sei. Es heißt, die pachtweise Ueberlassung von Bandar Jissar an Frankreich gelte für ein Jahr.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinr. Wartmann in Thorn.

Telegraphischer Berliner Börsenbericht.

	17. Febr.	16. Febr.
Tend. Fondsbörse: fest.		
Russische Banknoten p. Kassa	216—25	216—30
Warschau 8 Tage	216—	—
Oesterreichische Banknoten .	169—60	169—55
Preußische Konsols 3 % . .	93—20	93—30
Preußische Konsols 3½ % .	101—40	101—60
Preußische Konsols 3½ % .	101—60	101—50
Deutsche Reichsanleihe 3% .	93—20	93—30
Deutsche Reichsanleihe 3½ %	101—75	101—90
Westpr. Pfandbr. 3% neul. II.	90—90	90—70
Westpr. Pfandbr. 3½ % „ „	99—50	99—30
Posener Pfandbriefe 3½ % .	99—30	99—20
„ „ 4 % . .	—	—
Polnische Pfandbriefe 4½ %	100—75	—
Türk. 1% Anleihe C . . .	28—25	28—55
Italienische Rente 4% . .	95—60	96—10
Rumän. Rente v. 1894 4% .	91—90	92—
Diskon. Kommandit-Antheile	201—70	203—
Harpener Bergw.-Aktien . .	183—25	183—75
Nordd. Kreditanstalt-Aktien .	127—10	127—50
Weizen: Loko in Newyork Oktb.	86⅛	85⅝
Spiritus: 50er loko	—	—
70er loko	39—10	39—20

Bank-Diskont 5 pCt., Lombardzinsfuß 6 pCt.
Privat-Diskont 5⅛ pCt. Londoner Diskont 3 pCt.

Berlin, 17. Februar. (Spiritusbericht.) 70er Umsatz 118000 Liter 39,10 Mk.

Königsberg, 17. Februar. (Spiritusbericht.) Zufuhr 10000 Liter, Tendenz: unverändert. Loko 38,80 Mk. Gd., 39,00 Mk. bez., Februar 38,30 Mk. Gd., Februar-März 38,50 Mk. Gd., Frühjahr 40,00 Mk. Gd.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag den 19. Februar 1899. (Invoc.)

Altstädtische evangelische Kirche: Vormittags 9½ Uhr Gottesdienst: Pfarrer Stachowitz. Abends 6 Uhr Gottesdienst: Pfarrer Jacobi.

Neustädtische evangelische Kirche: Vormittags 9½ Uhr Gottesdienst: Pfarrer Heuer. Nachher Beichte und Abendmahl. — Nachm. kein Gottesdienst.

Garnison-Kirche: Vorm. 10½ Uhr Gottesdienst: Divisionspfarrer Becke. Nachher Beichte und Abendmahl. — Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst: Divisionspfarrer Becke.

Evangelisch-lutherische Kirche: Vormittags 9 Uhr Gottesdienst: Superintendent Rehm.

Baptisten-Gemeinde, Betsaal (Bromb. Vorstadt) Hofstraße 16: Vorm. 10 Uhr Gottesdienst. Nachm. 4 Uhr Gottesdienst.

Mädchenschule in Mocker: Nachm. 5 Uhr Gottesdienst: Pfarrer Heuer.

Evangelische Kirche zu P[illegible]rz: Vorm. ½10 Uhr Beichte. 10 Uhr Gottes[illegible]st, dann Abendmahl. Pfarrer Endemann.

Bethaus zu Nessau: Nachm. 2 Uhr Gottesdienst. Pfarrer Endemann.

Belehrung über die Schwindsucht.

Die Schwindsucht, welcher in Preußen jährlich etwa der 8. Theil aller Todesfälle zur Last zu legen ist, gehört zu den ansteckenden Krankheiten und ist in ihrem Beginn, frühzeitig erkannt, heilbar, während sie in den späteren Stadien gewöhnlich nach langem Siechthum zum Tode führt.

Die eigentliche Ursache der Schwindsucht ist der von Koch im Jahre 1882 entdeckte Tuberkelbazillus. Derselbe vermehrt sich nur im lebenden Körper, geht in die Absonderungen des Körpers über und wird in großen Mengen mit dem Auswurf aus den erkrankten Lungen ausgestoßen. Außerhalb des Körpers bewahrt er auch in trockenem Zustande monatelang seine Lebens- und Ansteckungsfähigkeit.

Die Gefahr, welche jeder Schwindsüchtige für seine Umgebung bietet, läßt sich durch folgende Maßnahmen beheben oder mindestens in hohem Grade einschränken:

1. Alle Hustende müssen — weil keiner weiß, ob sein Husten verdächtig oder unverdächtig ist — mit ihrem Auswurf vorsichtig umgehen. Derselbe ist nicht auf den Fußboden zu spucken, auch nicht in Taschentüchern aufzufangen, in welchen er eintrocknen, beim Weitergebrauch der Tücher in die Luft verstäuben und von neuem in die Athmungswege gelangen kann, sondern er soll in theilweise mit Wasser gefüllte Spucknäpfe entleert werden, deren Inhalt täglich in unschädlicher Weise (Ausgießen in den Abort und dergl., sowie Reinigung der Spucknäpfe) zu entfernen ist. Das Füllen der Spucknäpfe mit Sand und ähnlichem Material ist zu verwerfen, weil damit die Verstäubung des Auswurfs begünstigt wird.
2. Alle Räumlichkeiten, in denen zahlreiche Menschen verkehren oder sich aufzuhalten pflegen, wie Gastwirthschaften, Tanzlokale, Gefängnisse, Schulen, Kirchen, Kranken-, Armen-, Waisenhäuser, Fabriken, Werkstätten aller Art, sind mit einer ausreichenden Zahl flüssig gefüllter Spucknäpfe zu versehen, nicht auf trockenem Wege, sondern mit feuchten Tüchern zu reinigen und, da sich im freien Luftraum alle schädlichen Keime so sehr vertheilen, daß sie schließlich unschädlich werden, ausgiebig zu lüften. Einer sorgfältigen regelmäßigen feuchten Reinigung und Lüftung bedürfen insbesondere die von Schwindsüchtigen benutzten Krankenzimmer. Dieselben sind nach dem Wegzuge oder dem Ableben des Schwindsüchtigen nicht nur zu reinigen, sondern auch zu desinfiziren.
3. Die von Schwindsüchtigen benutzten Gebrauchsgegenstände (Kleidung, Wäsche, Betten u. s. w.) sind vor ihrer weiteren Verwendung einer sicheren Desinfektion zu unterziehen.
4. Als Verkäufer von Nahrungs- und Genußmittel sind Schwindsüchtige nicht zu verwenden, auch sollte der Wohn- oder Schlafraum einer Familie niemals zugleich den Lagerraum für Waaren abgeben.
5. Der Genuß der Milch von tuberkulösen Kühen ist als gesundheitsschädlich zu vermeiden.

Marienwerder den 18. Januar 1898.

Der Regierungs-Präsident.

Vorstehende „Belehrung" wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht.
Thorn den 1. Februar 1899.

Der Magistrat,
Abtheilung für Armensachen.

Bekanntmachung.

Der auf den 22. d. Mts. anberaumte Termin zum Ausgebot des Lagerraums 10 in dem Lagerschuppen I an der Uferbahn wird hiermit aufgehoben.

Thorn den 15. Februar 1899.

Der Magistrat.

Stadt-Theater Bromberg.
Repertoir
vom 19.—25. Februar 1899.

Sonntag, 19. Febr. nachmittags $3^1/_2$ Uhr **(zu kleinen Preisen): Renaissance.** — Abends 7 Uhr: **Ein unbeschriebenes Blatt.**
Montag, 20. Febr.: Benefiz für Frl. Maria Cossé. **Zirkusleute.** Komödie von P. v. Schönthan.
Dienstag, 21. Febr.: **Auf Strafurlaub.**
Mittwoch, 22. Febr. **(zu kleinen Preisen): Faust** (1. Abend).
Donnerstag, 23. Febr. Benefiz für Bruno Majewski: **Die Ehre.** Schauspiel von H. Sudermann.
Freitag, 24. Febr. **(zum letzten Male): Fuhrmann Henschel.**
Sonnabend, 25. Febr. **(zu kleinen Preisen): Faust** (2. Abend, **Gretchendrama).**

Täglicher Kalender.

1899.	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
Februar.	—	—	—	—	—	—	18
	19	20	21	22	23	24	25
	26	27	28	—	—	—	—
März . . .	—	—	—	1	2	3	4
	5	6	7	8	9	10	11
	12	13	14	15	16	17	18
	19	20	21	22	23	24	25
	26	27	28	29	30	31	—
April . .	—	—	—	—	—	—	1
	2	3	4	5	6	7	8
	9	10	11	12	13	14	15
	16	17	18	19	20	21	22

Druck und Verlag von C. Dombrowski in Thorn.

Hierzu Beilage.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

21. Sitzung vom 16. Februar 1899, 1 Uhr.

Am Regierungstische: Justizminister Schönstedt.

Auf der Tagesordnung: 1. Lesung des Ausführungsgesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch und des Entwurfes eines preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit.

Abg. Dr. Krause (nl.) dankt dem Reichstag für das Zustandebringen des großen nationalen Werkes des bürgerlichen Gesetzbuches. Redner ist auch mit den Vorlagen im allgemeinen einverstanden, hat aber gegen Einzelheiten Bedenken. Peinlich würde es ihn berühren, wenn ein von den Konservativen vorbereiteter Antrag Beifall fände, wonach die Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches um ein Jahr hinausgeschoben werden soll. In allen anderen Einzelstaaten ist alles zur Einführung bereit, und da sollte Preußen zurückstehen? Bei der Pensionirung älterer Richter solle man nicht rigoros vorgehen. Wir wollen stolz sein auf unser bürgerliches Gesetzbuch in dem Bewußtsein, daß eine gesunde Rechtspflege die stärkste Grundlage unseres Staatswesens ist. (Bravo!)

Abg. Dr. Weihe (k.) hat Bedenken bezügl. der Bestimmungen über die Mündelsicherheit der Werthpapiere und über die Stellung der Frauen.

Abg. Dr. Porsch (Ztr.) wünscht, daß eine Reihe von Bestimmungen, bei denen auf das noch übrig bleibende ältere Recht Bezug genommen wird, durch neuformulirte präzise Bestimmungen ersetzt werden, um Zweifel möglichst zu beseitigen.

Abg. Dr. Krüger (freis. Vp.) hätte gewünscht, daß man bei der Gesindeordnung mehr ganze Arbeit gemacht hätte, ebenso hätte sich für die Frage der Haftung der Beamten bei Amtsversehen eine einheitliche gesetzliche Regelung empfohlen. Mit der Regelung der Systeme des Güterrechtes hätte man weitergehen und eine größere Einheitlichkeit herstellen können.

Abg. Krause-Waldenburg (k.) befürwortet einen bereits erwähnten Antrag seiner Freunde betr. Hinausschiebung der Inkraftsetzung des bürgerlichen Gesetzbuches um ein Jahr mit Rücksicht auf wirthschaftliche und politische Verhältnisse und auf Behörden und Korporationen.

Abg. Peltasohn (freis. Vp.) wünscht eine planmäßige Regulirung der Gebühren der Notare mit denen der Anwälte.

Minister Schönstedt bittet, in die Kommission nicht blos Juristen, sondern auch Leute aus dem praktischen Leben zu senden, da voraussichtlich noch eine Reihe weiterer Gesetze dem Hause zugehen und derselben Kommission werden überwiesen werden. Ueberrascht habe ihn der Antrag der Konservativen. Wie die Staatsregierung sich dazu stelle, könne er nicht sagen; aber ohne zwingende Gründe werde sie dem Antrage nicht beitreten, und solche zwingenden Gründe seien ihm nicht bekannt.

Voraussetzung für ein rechtzeitiges Zustandekommen der Vorlagen sei, daß man sie nicht mit anderen Einzelfragen: Gesinderecht, Wasserrecht, Kirchen- und Schulrecht u. a., beschwere. Möge man bei diesen Vorlagen den Satz bethätigen: In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister! (Beifall.)

Nach kurzer weiterer Debatte gehen die Vorlagen an eine 23er Kommission.

Morgen 11 Uhr: Etat des Ministeriums des Innern und Zentralgenossenschaftskasse.

Schluß 3¼ Uhr.

Deutscher Reichstag.

34. Sitzung am 16. Februar. 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Staatssekretär Graf Posadowsky.

Die Berathung der Novelle zum Invaliditätsgesetz wird fortgesetzt.

Abg. Oertel (kons.): Die soziale Versicherungsgesetzgebung ist aus dem gesunden sozialen Sinn hervorgegangen, der im Christenthum wurzelt, nicht aus der „Furcht vor uns“, wie Wurm gestern sagte. Wurm hat gestern die Abwanderungen aus dem Osten erklärt unter Bezugnahme auf Heinrich Heine's Gedicht von den satten und den hungrigen Ratten: „Jene bleiben zu Haus, diese wandern aus“. Herr Wurm vergißt nur, daß Heine nicht unseres Stammes und nicht unserer Religion ist. (Beifall rechts.) Daß die Arbeiter nur aus Vergnügungssucht auswanderten, hat niemand behauptet. Jedenfalls wirkt dieselbe aber mit, und wie sehr bei den Arbeitern die Vergnügen eine Rolle spielen, zeigt der Inseratentheil des „Vorwärts“. Weiter rechtfertigt Redner die im Landtage laut gewordene Forderung der Prügelstrafe bei gewissen Roheitsverbrechen. Zur Sache habe er zu sagen: Ein sehr erheblicher Theil meiner Freunde, sowohl hier im Hause, wie im Lande, verhält sich zwar zur Vorlage nicht ablehnend, hat aber erhebliche Bedenken, die sich nicht auf Einzelheiten richten, sondern auf den Entwurf im ganzen. Wurm hat gestern vom Antrage Plötz gesprochen, der lediglich eine verschlechterte Abschrift des sozialdemokratischen Vorschlages (Kostendeckung durch eine progressive Einkommensteuer von allen Einkommen von 3000 Mark an) gewesen sei. Davon kann keine Rede sein, wenn auch die Anträge in einigen Punkten sich begegnen. Da kann man im Hinblick auf den sozialdemokratischen Antrag nur sagen: Es kommt doch vor, daß auch eine minder scharfsinnige Henne ein brauchbares Ei legt. (Stürmische Heiterkeit.) Redner stellt dann als Forderung sehr vieler seiner Freunde auf, daß auch Betriebsunternehmer bis 2000 Mark Einkommen in das Invalidengesetz einbezogen und aller Vortheile desselben gesetzlich theilhaftig werden, und das Klebesystem aufgegeben werde. Weiter verwendet er sich dafür, daß die Versicherungslast zu einer Gemeinlast gemacht werde, da sie nicht privatrechtlicher, sondern öffentlich rechtlicher Natur sei. Redner vertheidigt es, daß in Ostpreußen und anderwärts mit der Bewilligung von Altersrenten liberal verfahren worden sei. Ausländische Arbeiter sollten in die Versicherung nicht einbezogen werden. Im ganzen wünsche und hoffe er, daß die Arbeiten der Kommission enden mögen mit einer Vereinfachung, Erleichterung und mit möglichster Schonung des Mittelstandes.

Abg. Bräsicke (frs. Vp.) empfiehlt eine Zusammenlegung von Alters- und Invalidenrenten; für Ostpreußen sei nach seinen Erfahrungen eine Trennung unmöglich. Er stehe durchaus auf dem Boden der Vorlage. In Ostpreußen müsse jeder Arbeitgeber ganz allein die Last des Gesetzes tragen, eine Herabsetzung der Beiträge in den untersten Lohnstufen, wie dies die Vorlage wolle, sei deshalb unerläßlich. Der Nothstand der ostpreußischen Anstalt erkläre sich dadurch, daß für die ostpreußischen ländlichen Arbeiterinnen bis zum vorigen Jahre überhaupt nicht geklebt worden ist. Die Unternehmer sagten: Was soll ich für eine Frau kleben, die nur zwei Tage in der Woche bei mir arbeitet! Ich führe das hier an, damit Remedur geschaffen werde.

Abg. Roetzel (Ztr.) bekämpft den Vermögensausgleich, der weiter nichts sei als eine Konfiskation. Die örtlichen Rentenstellen findet Redner annehmbar. Der Arbeiter komme da mit den Behörden mehr in Fühlung. Er könne seinem Herzen da etwas besser Luft machen, und das thue wohl, selbst wenn man einmal abgewiesen werde.

Abg. Lanzinger (bayr. Bauernbündler) plaidirt für Befreiung des landwirthschaftlichen Gewerbes und des Handwerks vom Versicherungszwange.

Abg. v. Stumm (Rp.): Ein finanzieller Ausgleich ist eine Nothwendigkeit, aber auf dem Wege, den die Vorlage vorschlägt, ist er unmöglich. Es ist doch die Gemeinlast überhaupt kein Ausgleich, sondern nur ein Palliativmittel. Der einzig mögliche Weg ist der, den ich schon vor zwei Jahren vorgeschlagen habe: Landesanstalten. In Landesanstalten kann nicht ein Gebiet vor dem anderen begünstigt werden, sondern innerhalb eines und desselben Landes ist die Versicherungswirthschaft eine gemeinsame. Einen Vorschlag Hitze's, betr. Gefahrenklassen, halte er für undurchführbar bei der Invaliditäts-Versicherung. Werden die provinziellen Anstalten beibehalten, wie die Vorlage es will, und werden dann gar noch Rentenstellen geschaffen, die von den Anstalten unabhängig sind, dann wird die ganze Sache erst recht komplizirt und kostspielig. Noch lieber als Staatsanstalten sei ihm natürlich eine Reichsanstalt. Werde nichts dergleichen hier im Reiche beschlossen, dann sei seiner Ansicht nach die preußische Regierung verpflichtet, im preuß. Landtage die Zusammenlegung aller preußischen Anstalten zu einer Landesanstalt als Vorlage einzubringen. Redner plaidirt noch für Wittwen- und Waisenversicherung. Warnen müsse er vor einem bloßen Nothgesetz, das später wieder neue Aenderungen nothwendig mache. Da sei es besser, es einstweilen noch beim alten Gesetz zu lassen.

Abg. Lucke (B. d. L.) hält es für richtig, daß die Lasten der Wohlfahrtseinrichtungen auf den gesammten Arbeitsertrag des Volkes übernommen werden, also auf die Steuern, aber nicht erst von der Grenze von 3000 Mark an. Auch die Wittwen- und Waisenversorgung müsse mit einbezogen werden.

Abg. Graf Bernstorff (Welfe) plaidirt für Verallgemeinerung des Versicherungszwanges und Aufbringung der Lasten durch die Allgemeinheit.

Abg. Singer (sozd.) fragt Oertel, ob dieser die Prügelstrafe auch auf Studenten und auf die Agitatoren des Bundes der Landwirthe, deren Agitation viel roher sei, als nur je die sozialdemokratische Agitation sein könne, angewendet wissen wolle. Redner bemerkt dann gegenüber dem Abg. Oertel, daß der von dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei veröffentlichte Appell in der Löbtauer Affaire ausdrücklich erklärt habe, die Ausschreitungen der Arbeiter hätten Strafe verdient, aber die Strafe sei unverhältnißmäßig hoch. Das Dresdener Urtheil werde von dem Volke als Bluturtheil empfunden werden und der sozialdemokratischen Partei nur Vorschub leisten.

Abg. Eßlinger (b. k. F.) spricht für Wiederbeseitigung des Versicherungszwanges für die Landwirthschaft.

Damit ist die Diskussion beendet, die Vorlage wird einer Kommission überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht dann die Interpellation Johannsen betreffend die nordschleswigschen Ausweisungen. Auf Anfrage seitens des Präsidenten, ob der Reichskanzler geneigt sei, die Interpellation zu beantworten, erklärt

Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Das Recht der Ausweisung von Ausländern ist Ausfluß des Landeshoheitsrechtes der einzelnen Bundesstaaten, dessen Ausübung nach der Reichsverfassung nicht der Aufsicht des Reiches unterliegt. § 1 der Reichsverfassung kann auf eine Ausweisung von Ausländern nicht bezogen werden. Es war damit nur beabsichtigt, zu verhindern, daß durch Bestimmungen über das Indigenat das Recht der Freizügigkeit eingeschränkt werde. Der Geschäftskreis des Reichskanzlers wird also durch den Gegenstand der Interpellation nicht berührt. Aus diesem Grunde muß ich es ablehnen, die Interpellation zu beantworten, und ebenso, sachlich auf dieselbe einzugehen. Sollte eine Besprechung der Interpellation erfolgen, so würden die Vertreter der verbündeten Regierungen sich daran nicht betheiligen können. (Bravo! rechts.)

Abg. Singer (sozd.) beantragt Besprechung. Dieselbe erfolgt, da Sozialdemokraten, freisinnige und süddeutsche Volkspartei, sowie fast das ganze Zentrum den Antrag unterstützen.

Abg. Johannsen begründet die Interpellation. Durch die Ausweisung friedliebender, ruhiger Knechte und Mägde schaffe man nicht blos Unzufriedenheit, sondern auch Leutenoth. Man motivire die Ausweisungen mit der dänischen Agitation; aber in den Vereinen könne nichts hochverrätherisches passiren, und wer etwas anderes behauptet, sei ein Lügner. Wie schnell würden wir einen Hochverrathsprozeß bekommen haben, denn die preußische Regierung verstehe es, auf Grund alter Protokolle bekannte Personen zu beschuldigen.

Präsident v. Ballestrem: Der Redner hat vorhin mit dem Worte „Lügner“ diejenigen bezeichnet, die Beschuldigungen gegen gewisse Personen erheben; jetzt bezeichnet er die preußische Regierung als eine solche, die das auch thut. Das ist nicht zulässig gegen eine der verbündeten Regierungen, und ich rufe den Redner deshalb zur Ordnung.

Man unterdrücke die dänische Muttersprache und schlage selbst die bescheidensten Forderungen, so die um wöchentlich zwei Stunden dänischen Sprachunterricht, ab. Da habe denn die Bevölkerung zur Selbsthilfe gegriffen. Es scheine, als ob fremde Einflüsterungen, falsche Anschuldigungen zu den Ausweisungen Anlaß gegeben haben. Die Verantwortung für die bestehende Unruhe trügen die, welche als Vertreter der Regierung nach Nordschleswig entsandt worden seien.

Weiterberathung morgen 1 Uhr, außerdem Anträge aus dem Hause.

Schluß 6¼ Uhr.

Provinzialnachrichten.

§ Culmsee, 16. Februar. (Stiftung für gemeinnützige Zwecke. Uebung der Feuerwehr.) Herr Zimmermeister Oskar Welde, welcher seit Jahren Vorsteher der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung ist, hat der Stadtkommune Culmsee 10000 Mk. zu gemeinnützigen Zwecken überwiesen. Es wird nun beabsichtigt, das der evangelischen Kirche gehörige, an der Bahnhof- und Friedrichstraße bezw. der Thorner Chaussee belegene Dreieck zur Errichtung einer neuen städtischen Anlage anzukaufen. Derartige Verschönerungsanlagen werden hier recht sehr vermißt. — Die freiwillige und die Pflichtfeuerwehr hielten am 15. d. Mts. Uebungen am Schulhause und auf dem Amtsgerichtsplatz ab.

Danzig, 15. Februar. (Ein Verein für weibliche Angestellte in Handel und Gewerbe) hat sich hier gebildet. Zweck und Ziele des Vereins sind: kostenlose Stellenvermittelung, kostenfreier Rechtsschutz, Rath- und Auskunftertheilung, unentgeltliche Zustellung einer Vereinszeitung, Benutzung der Bibliothek gegen monatliche Zahlung von 10 Pf., Unterhaltungsabende, Fortbildung 2c. Bei genügender Erstarkung des Vereins ist eine Kranken-Versicherung in Aussicht genommen, daran würden sich andere Einrichtungen, wie z. B. Gründung eines Ferienheims, anschließen.

Ostrowo, 13. Februar. (Von einem Güterzuge überfahren worden) ist gestern auf dem Wege zwischen Antonin und Przygodzice ein einem Fuhrwerksbesitzer aus Kalisch gehöriger Wagen. Die vorgespannten Pferde wurden getödtet, der Kutscher konnte sich retten.

Lokalnachrichten.

Zur Erinnerung. Am 18. Februar 1803, vor 96 Jahren, starb zu Halberstadt der Dichter Johann Wilhelm Ludwig Gleim, ein edler, freigebiger Mann, dessen Herz nur der Freundschaft und Liebe schlug und der wegen seiner Fürsorge für junge Poeten „Vater Gleim“ genannt wurde. Das Haupt seiner Schule wurde er durch seine anakreontischen Lieder, in welchen er von Wein und Liebe singt. Seine Kriegslieder brachten ihm, als er im hohen Alter erblindet war, den Namen eines deutschen Tyrtäus. Gleim wurde am 2. April 1719 zu Ermsleben bei Halberstadt geboren.

Thorn, 17. Februar 1899

— (Personalien.) Der Regierungsassessor Grashoff in Schwetz ist zum Landrath ernannt und ihm das Landrathsamt im Kreise Schwetz übertragen worden. — Der Regierungsassessor Dr. Schroeder aus Köln ist dem Landrath des Kreises Deutsch-Krone zur Hilfeleistung in den landräthlichen Geschäften zugetheilt worden.

— (Der Kanzler im Königreich Preußen, Oberlandesgerichtspräsident Dr. v. Holleben) in Königsberg, der, wie wir bereits meldeten, um seinen Abschied eingekommen ist und nach Wiesbaden überzusiedeln beabsichtigt, wurde in Koblenz als Sohn des späteren Generals der Infanterie von Holleben am 8. April 1815 geboren und studirte in Berlin und Bonn; 1847 wurde er Staatsprokurator in Trier, 1853 dortselbst Oberprokurator, 1868 Obertribunalsrath in Berlin und 1879 nach vorheriger Verzichtleistung auf eine Stelle beim Reichsgericht Geheimer Justizrath und Kammergerichtssenatspräsident in Berlin. 1885 kam er als Nachfolger des Kanzlers von Goßler (Vater des Oberpräsidenten von Westpreußen) als Oberlandesgerichtspräsident nach Königsberg und wurde 1886 zum „Kanzler im Königreich Preußen“ mit dem Prädikat Exzellenz und 1888 zum Kronsyndikus ernannt. von Holleben hat sich um die Bestrebungen des „Rothen Kreuzes“, besonders im Kriege gegen Frankreich 1870, ein unauslöschliches Verdienst erworben. Als Vorsitzender des Zentral-Ausschusses nahm er bis zu seiner Uebersiedelung nach Königsberg an allen internationalen Kongressen desselben theil. Herr von Holleben ist über 62 Jahre im Staatsdienste thätig gewesen. Sein Sohn ist als Oberst in Thorn schon im vorigen Jahre in den Ruhestand getreten. — Der voraussichtliche Nachfolger des Herrn von Holleben, Geheimer Ober-Justizrath und Ober-Staatsanwalt Karl von Plehwe in Königsberg, als Oberlandesgerichtspräsident, ist am 24. September 1834 geboren, wurde 1862 Gerichtsassessor, 1864 Staatsanwaltsgehilfe in Ortelsburg, 1867 in Mohrungen Staatsanwalt und ging in gleicher Eigenschaft 1870 nach Memel, 1878 nach Tilsit. Dort wurde er 1879 Erster Staatsanwalt, kam als solcher 1886 nach Königsberg, wurde 1887 Landgerichtspräsident in Braunsberg und kehrte 1890 als Oberstaatsanwalt nach Königsberg zurück. 1897 wurde er Geheimer Oberjustizrath und 1898 zum Mitgliede des Herrenhauses ernannt. Er ist Besitzer des Rittergutes Dwarischken im Kreise Insterburg.

— (Der Wechsel in den Präsidentenposten der Generalkommissionen in Bromberg und Königsberg.) Die halbamtliche „Berl. Korresp.“ meldet heute: Nachdem der Generalkommissionspräsident Beutner in Bromberg seine Entlassung aus dem Staatsdienste zum 1. April d. Js. nachgesucht hat, ist der derzeitige Generalkommissionspräsident v. Baumbach-Amönen in Königsberg i. Pr. in gleicher Amtseigenschaft zum selben Zeitpunkte nach Bromberg versetzt worden. Das genannte halbamtliche Organ bemerkt dazu: v. Baumbach ist seit Errichtung der Generalkommission in Königsberg Präsident dieser Behörde und hat sich durch Sachkunde, Umsicht und Geschick das Vertrauen weiter Kreise erworben, weshalb man ihn ungern scheiden sieht. Die besonderen Schwierigkeiten der Stellung als Präsident der Generalkommission in Bromberg erfordern jedoch seine Versetzung dorthin, zumal seine Eigenschaften die Gewähr für eine die dienstlichen Interessen in jeder Hinsicht fördernde Leitung dieser Behörde bieten. Ferner meldet die „Berl. Korresp.“: Der Oberregierungsrath bei der Generalkommission in Hannover, v. Hove, ist zum Präsidenten der Generalkommission in Königsberg i. Pr. ernannt worden. (Damit ist die Nachricht, daß Oberregierungsrath Steinicke von der Ansiedelungskommission in Posen Präsident der Generalkommission in Königsberg werden würde, unbestätigt geblieben.)

— (Von der Reichsbank.) Der kaiserliche Bankbuchhalter Blaschke in Thorn ist zum Bankkassirer ernannt und zum 1. März nach Posen versetzt.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinrich Wartmann in Thorn.

Getreidepreis-Notirungen.

Zentralstelle der preußischen Landwirthschaftskammern 16. Februar 1899.

Für inländisches Getreide ist in Mark per Tonne gezahlt worden:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Stolp	167	140	—	125
Neustettin	—	—	—	—
Bezirk Stettin	158—160	135—144	135—141	122—132
Anklam	—	—	—	—
Danzig	142—168	138—142	138—146	122—131
Elbing	—	—	—	—
Thorn	154—160	132—144	—	124—131
Culm	—	—	—	—
Breslau	148—165	133—143	133—153	123—130
Bromberg	161—163	134—139	123	—
Inowrazlaw	—	—	—	—
Czarnikau	—	—	—	—
nach Priv.-Ermittelung	755 gr. p. l.	712 gr. p. l.	573 gr. p. l.	450 gr. p. l.
Berlin	162	148	—	144
Stettin Stadt	159	143½	—	—
Posen	162	136	140	130

Amtliche Notirungen der Danziger Produkten-Börse

von Donnerstag den 16. Februar 1899.

Für Getreide, Hülsenfrüchte und Oelsaaten werden außer den notirten Preisen 2 Mark per Tonne sogenannte Faktorei-Provision usancemäßig vom Käufer an den Verkäufer vergütet.

Weizen per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. hochbunt und weiß 750—774 Gr. 159—163½ Mk., inländ. bunt 747 Gr. 150 Mark, inländ. roth 772 Gr. 159 Mk.

Roggen per Tonne von 1000 Kilogr. per 714 Gr. Normalgewicht inländisch grobkörnig 674—734 Gr. 134—139 Mk.

Gerste per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. große 674 Gr. 140 Mk., transito kleine 621 Gr. 95 Mk.

Erbsen per Tonne von 1000 Kilogr. transito weiße 111—112 Mk.

Hafer per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. 123—127 Mk.

Kleesaat per 100 Kilogr. weiß 56 Mk.

Kleie per 50 Kilogr. Weizen- 3,70—3,95 Mk., Roggen- 4,15—4,20 Mk.

Rohzucker per 50 Kilogr. Tendenz: stetig. Rendement 92° Transitpreis ab Lager Neufahrwasser 9,32½ Mk. inkl. Sack Gd.,

Hamburg, 15. Februar. Rüböl ruhig, loko 46½. — Petroleum ruhig, Standard white loko 6,85. — Wetter: Regen.

18. Februar Sonn.-Aufgang 7.13 Uhr.
Mond-Aufgang 10.21 Uhr.
Sonn.-Unterg. 5.16 Uhr.
Mond-Unterg. 2.49 Uhr.

Bekanntmachung.

Im Monat Februar d. Js. haben wir nachstehende Holzverkaufstermine anberaumt:

1. Montag den 20. d. Mts. vormittags ½10 Uhr in Barbarken (für Barbarken und Ollek),
2. Donnerstag den 23. d. Mts. „ „ „ „ Pensau (für Guttau und Steinort.)

Zum öffentlich meistbietenden Verkauf gegen Baarzahlung gelangen nachstehende Holzsortimente:

A. Bau- und Nutzholz:

1. **Barbarken**, Jagen 48A (Park): ca. 70 Stück meist starke Kiefern mit ca. 95 Fm. Inhalt.
   Jagen 38: 98 Stück Kiefern mit 52,34 Fm. Inhalt.
2. **Ollek**, Jagen 76 u. 83: 97 Stck. Kiefern-Bauholz mit 31,21 Fm.
   18 „ Bohlstämme
   40 „ Stangen 1. Klasse
   15 „ „ 2. „
3. **Guttau**, Jagen 75, 76 u. 77 (an der Chaussee): ca. 150 Stück Kiefern-Bauholz mit ca. 100 Fm.
   Jagen 100 und 83: ca. 40 Birken Nutzenden mit ca. 15 Fm.
   „ 60 „ Stangen 1. u. 2. Klasse (Deichselstangen)
   8 Eichen mit ca. 4 Fm.
   Jagen 70 und 82: 14 Stück Kiefern-Bauholz mit 9,60 Fm.
4. **Steinort**, Jagen 104 und 107: ca. 200 Stück Kiefern-Nutzholz mit ca. 70 Fm.

B. Brennholz:

1. Barbarken u. Ollek.
   Jagen 46, 48A, 75, 76, 83 u. 85:
   ca. 80 Rm. Kloben
   45 „ Spaltknüppel
   50 „ Rundknüppel
   377 „ Stubben
   85 „ Reisig 1. Klasse (Putzreisig).
2. Guttau.
   Jagen 75, 76 und 77 (Durchforstungen):
   ca. 140 Rm. Kiefern-Kloben
   „ 50 „ „ Rundknüppel (2 m lang)
   „ 30 „ „ „ (1 „ „)
   „ 130 „ „ Stubben
   „ 20 „ „ Reisig 1. Klasse.
   Jagen 85 (Schlag):
   379 Rm. Kiefern-Stubben
   44 „ „ Reisig 1. Klasse
   10 „ „ „ 3. „ (Strauchhaufen)
   5 „ Eichenkloben
   1 „ Birken-Kloben
3. Steinort:
   Jagen 104 und 107:
   ca. 250 Rm. Kiefern-Kloben
   „ 150 „ „ Spaltknüppel
   „ 200 „ „ Stubben
   „ 40 „ „ Reisig 1. Klasse.

Ueber die Lage und Beschaffenheit der Hölzer ertheilen die betreffenden Belaufsbeamten die gewünschte Auskunft.

Bemerkt wird noch, daß bei beiden Terminen mit dem Verkauf des Bau- und Nutzholzes (auf Wunsch eventuell in größeren Losen) begonnen wird und die Bauholzkäufer alsbald von der Kasse abgefertigt werden sollen.

Die Brennholzkäufer werden sich daher zweckmäßiger Weise ca. 2 Stunden nach Beginn des Termins einzufinden haben.

Thorn den 14. Februar 1899.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In den Kreisen Briesen, Culm, Löbau und Strasburg, die nach dem Erlaß des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe zu dem Bezirk der Thorner Handelskammer hinzutreten sollen, sind, nachdem die Listen der Wahlberechtigten vom 17. bis 23. Januar öffentlich ausgelegen haben, die **Wahlen zur Handelskammer** vorzunehmen. Jeder der genannten Kreise bildet einen Wahlbezirk und wählt zwei Mitglieder. Die Wahlberechtigten der einzelnen Wahlbezirke sind unter Zugrundelegung ihrer Veranlagung zur Gewerbesteuer in zwei Abtheilungen, deren jede ein Mitglied wählt, getheilt, und zwar in der Art, daß auf jede Abtheilung die Hälfte der Gewerbesteuersumme fällt. Wahlorte sind die Kreisstädte Briesen, Culm, Neumark und Strasburg.

Für die Wahlen habe ich die nachstehenden Termine anberaumt:

In **Neumark den 20. Februar, Nachmittag 5 Uhr** im Sitzungssaal des Kreishauses.

In **Strasburg den 21. Februar, Nachmittag 5 Uhr** im Hotel de Rome.

In **Briesen den 22. Februar, Nachmittag 5 Uhr** in Lindenheims Hotel zum Schwarzen Adler.

In **Culm den 23. Februar, Nachmittag 5 Uhr** im Hotel zum Schwarzen Adler.

Thorn den 10. Februar 1899.

Der Wahlkommissar.
Emil Dietrich.

Bekanntmachung.

Zur anderweiten Vermiethung des Lagerraums Nr. 10 in unserem Lagerschuppen I an der Uferbahn auf drei Jahre ev. auch auf ein Jahr vom 1. April 1899 ab haben wir einen Termin zur Entgegennahme mündlicher Gebote auf

Mittwoch, 22. Februar cr.
mittags 12¼ Uhr

vor unserem Stadtkämmerer Herrn Bürgermeister Stachowitz, in dessen Amtszimmer (Rathhaus 1 Treppe) anberaumt, zu welchem wir Miethslustige mit dem Bemerken einladen, daß jeder Bieter eine Kaution von 100 Mark vorher auf der Kämmereikasse zu hinterlegen hat.

Die Miethsbedingungen können vorher in unserem Bureau I eingesehen auch gegen Zahlung von 60 Pf. Kopialien abschriftlich bezogen werden.

Thorn den 11. Februar 1899.

Der Magistrat.

Warnung.

Seit Einführung der elektrischen Straßenbahn haben mehrfach Bestrafungen erfolgen müssen, weil Schüler, Lehrlinge, Arbeitsburschen 2c. **an der hinteren Perronbrüstung von außen an den fahrenden Straßenbahnwagen sich festgehalten haben und auf kurze Strecken mitlaufen.**

Da hierdurch schwere Unglücksfälle herbeigeführt werden können, so ersuchen wir die Eltern, Lehrer, Lehrmeister und Arbeitgeber ihre jugendlichen Pflegebefohlenen 2c. **auf das Gefährliche und Strafbare einer derartigen Handlungsweise aufmerksam zu machen.**

Thorn den 7. Februar 1899.

Die Polizeiverwaltung.

Seit 1. Januar 1899 kosten Postanweisungen bis zum Betrage von

5 Mk.
nur
10 Pfg. Porto.

Bei allen Geldsendungen, welche diesen Betrag nicht überschreiten, empfiehlt es sich daher, diese Postneuerung zu benutzen, da das Geld sicher eingeht, während die sonst übliche Sendung in Marken in gewöhnlichem Brief leicht verloren geht.

Druck und Verlag von C. Dombrowski in Thorn.